STADT MEERBUSCH

Niederschrift

über die 24. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 13.05.2014
(9. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung 4

1 **Anmeldezahlen an den weiterführenden Meerbuscher Schulen Vorlage: FB3/251/2014** 4

2 **Schulentwicklung; weiterführende Schulen der Sekundarstufe I Vorlage: FB3/257/2014** 4

3 **Städtische Gemeinschaftshauptschule Osterath; schulorganisatorische Maßnahmen zum Auslaufen Vorlage: FB3/783/2014** 6

4 **Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle** 7

5 **Termin der nächsten Sitzung: 10. September 2014** 8

6 **Verschiedenes** 8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Renate Kox	Ratsmitglied	

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied	
Frau Angela Gröters	Ratsmitglied	
Frau Norma Köser-Voitz	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Frau Gerlind Förster
Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied	
Herr Daniel Meffert	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Brunhild Steinforth
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Dr. Klaus Brennecke	Ratsmitglied	
Frau Kathleen Gewiß	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Herrn David Burkhardt
Herr Ralph Jörgens	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Frau Barbara Büchner

von der SPD-Fraktion

Herr Michael Billen	Sachkundiger Bürger	
Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Ilse Niederdellmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer	Ratsmitglied	
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied	

von der UWG-Fraktion

Frau Barbara Blättermann	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Frau Daniela Glasmacher

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	

Beratende Mitglieder

Herr Christoph Hauke	beratendes Mitglied Zentrum	
Herr M.A. Mike Kunze	Stadtsportverband	
Herr Burkhard Wahner	Vertreter der Schulen	
Frau Anne Weddeling-Wolff	Vertreter der Schulen	

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete	
Herr Stephan Benninghoven	Fachbereich 3	
Herr Detlef Krügel	Bereichsleiter Fachbereich 3	

Schriftführer

Herr Holger Wegmann	Fachbereich 3

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gerlind Förster	Sachkundige Bürgerin
Frau Brunhild Steinforth	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Barbara Büchner	Ratsmitglied
Herr David Burkhardt	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Ilse Niederdellmann	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Hellmanns	Katholische Kirchengemeinde
Herr Wilfried Pahlke	Evangelische Kirchengemeinde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende Ratsfrau Kox alle Anwesenden. Der Ausschuss gedenkt dem Anfang des Jahres verstobenen Rektor Dieter Aldenhoff, der lange Jahre als Schulleiter der städtischen Adam-Riese-Schule und als beratendes Mitglied im Ausschuss tätig war.

Öffentliche Sitzung

1 Anmeldezahlen an den weiterführenden Meerbuscher Schulen
Vorlage: FB3/251/2014

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert die Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen.

Die Frage von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes, ob in Zukunft durch weitere Maßnahmen des Schulträgers der Wechsel von Viertklässlern auf weiterführende Schulen in Nachbarstädten verhindert werden könne, verneint sie. Es gebe eine Vielzahl von Gründen, die Eltern dazu bewegen, ihre Kinder in Nachbarstädten anzumelden. Als Beispiel nennt sie die Anmeldungen an Düsseldorfer Gymnasien, obwohl die Meerbuscher Gymnasien einen guten Ruf und noch entsprechende Ressourcen hätten.

Wie es sich jedoch in Zukunft darstellen würde, wenn auch die Nachbarstädte aufgrund des 10. Schulrechtsänderungsgesetzes Ablehnungen von auswärtigen Schülern bei entsprechendem Anmeldeüberhang vornehmen, könne man derzeit nicht sagen. Hierzu müsse man die Entwicklung abwarten.

2 Schulentwicklung; weiterführende Schulen der Sekundarstufe I
Vorlage: FB3/257/2014

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert die Problematik. Wie bereits im Ausschuss für Schule, Sport berichtet, habe die Verwaltung am 12. November 2013 zu einem Workshop mit den Schulleiterinnen und Schulleitern aller Schulen der Stadt Meerbusch eingeladen, um mit ihnen die Notwendigkeit der Anpassung des schulischen Angebotes aufgrund des Rückganges der Schülerzahlen in Kombination mit einem sich ändernden Schulwahlverhalten, aber auch aus schulorganisatorischen Maßnahmen der Nachbarkommunen zu diskutieren.

An den Grundschulen seien die Schülerzahlen aufgrund des Geburtenrückgangs in den letzten 10 Jahren um 310 Schüler, d.h. 13% zurückgegangen, für die kommenden 5 Jahre errechne sich prognostisch eine weitere Reduzierung der Schülerzahlen um 198 Schüler, d.h. 9%.

Parallel zum Rückgang der Schülerzahlen habe sich das Verhalten der Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule verändert. Infolge mangelnder Anmeldungen werde die Hauptschule seit dem Schuljahr 2012/13 auslaufend geführt und die städt. Realschule habe ebenfalls einen deutlichen Rückgang im Nachfrageverhalten zu verzeichnen.

Hingegen würden an der städt. Maria-Montessori-Gesamtschule aufgrund der Kapazitätsbegrenzung der bestehenden 4-Zügigkeit und der Aufnahme auswärtiger Schüler regelmäßig Schüler von Meerbuscher Grundschulen abgewiesen.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Schülerentwicklung und des Wahlverhaltens der Eltern wurde im Workshop mit den Schulleiterinnen und Schulleitern als einzige Lösung im Sinne der Elterninteressen die Erweiterung der Zügigkeit der städt. Maria-Montessori-Gesamtschule diskutiert, da die im

Sommer 2012 durchgeführte Elternbefragung ergeben habe, dass ein Interesse an einer Sekundarschule bei den Meerbuscher Eltern nicht bestehe und eine zweite Gesamtschule zahlenmäßig nicht darstellbar sei.

StVD Krügel erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation *(Anm. des Schriftführers: dem Protokoll beigefügt)* die Berechnung des maximalen Bedarfs. Dieser berücksichtigt neben der Anzahl der abgewiesenen Schüler alle Realschulanmeldungen und auch Anmeldungen an die Schulform Gesamtschule in auswärtige Städte. Im Ergebnis blieben die Schülerzahlen für die Schulform Gesamtschule für die nächsten 5 Jahre rd. 20 % unter dem notwendigen Bedarf einer 2. Gesamtschule.

Dies sei auch das Ergebnis der Schulträgerberatung vom 18. März 2014, in dem der Bedarf an einer 2. Gesamtschule und damit auch deren Genehmigungsfähigkeit ausdrücklich verneint worden sei.

RR Wahner als Teilnehmer des Schulträgerberatungstermins bestätigt dies. Er kritisiert, dass die SPD in der Presse sowohl am 28.04.2014 als auch am heutigen Tag eine 2. Gesamtschule fordere, obwohl diese Forderung durch die Schülerzahlen nicht belegt werden könnte. Die Forderung nach einer zweiten Gesamtschule werde damit auf dem Rücken der Realschule ausgetragen werden, die Eltern würden zunehmend verunsichert. Er halte dies für schlechten Stil.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erläutert, das Ziel der Berichterstattung sei gewesen, darauf hinzuweisen, dass Eltern alle Wahlmöglichkeiten gegeben werden müssen. Man müsse sehen, dass das Elternwahlverhalten sich verändert habe. Wenn die Zahlen nicht für eine zweite Gesamtschule ausreichen würden, müsse man sich zumindest Gedanken machen, ob durch eine interkommunale Zusammenarbeit als Beispiel mit der Stadt Krefeld die für die Errichtung notwendige Schülerzahl erreicht werden könne.

Vorsitzende Ratsfrau Kox erklärt, dass die Problematik dem Ausschuss bekannt sei und wiederholt Lösungsmöglichkeiten diskutiert wurden, weil alle Fraktionen darin einig seien, ein dem Elternwillen entsprechendes Schulangebot vorzuhalten. Gleichwohl dürften die gesetzlichen Vorgaben nicht außen vor bleiben; es helfe den Eltern nicht ein Angebot zu suggerieren, welches nicht genehmigungsfähig sei.

Ratsfrau Schoppe erklärt, dass unter den genannten Umständen nur die Erweiterung der Maria-Montessori-Gesamtschule mit einer Dependance möglich sei.

Frau Schwarzburger bemängelt, dass die Errichtung einer Sekundarschule nicht mehr Thema sei. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erklärt, dass trotz eines sehr guten Konzeptes mit dem Meerbusch-Gymnasium als Partnerschule die in 2012 durchgeführte Elternumfrage nur ein geringes Interesse an dieser Schulform erbracht hätte. Dies decke sich auch mit den Erfahrungen der Bezirksregierung, nach denen diese Schulform insbesondere im ländlichen Raum nachgefragt würde.

Die Problematik der Schülerzahlen für eine 2. Gesamtschule resultiere letztlich aus den hohen Übergangsquoten zum Gymnasium von 66 %. Dadurch würde für eine 4. weiterführende Schule aus der eigenen Schülerschaft keine weiteren 100 Schüler erreicht.
Im Hinblick auf eine räumlich entfernte Dependancelösung, die die Organisation und die Durchführung des Schulbetriebes erschwerten, habe sie sich gewünscht, dass das Land diesem Umstand durch eine verbesserte Ausstattung des Schulleitungsteams Rechnung trage. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb eine Sekundarschule mit 3 Zügen ein eigenes Schulleitungsteam erhalte, eine Erhöhung der Zügigkeit der Gesamtschule um 3 Züge an einem entfernten Standort aber aufwandsmäßig unberücksichtigt bliebe. Angesichts rückläufiger Schülerzahlen und der Nachfrage nach Gesamtschulplätzen müsste das Land hier flexibler reagieren.

Die Frage von Ratsherrn Bertholdt, ob es seitens der Landesregierung Bemühungen zur Reform der Gesamtschulen gäbe, verneint die Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage. Ihr seien solche Bemühungen nicht bekannt.

Ratsherr Schoenauer bittet die Schulleitung der städt. Maria-Montessori-Gesamtschule darauf hinzuwirken, ihre Lehrerschaft von der Notwendigkeit der Dependance-Lösung zu überzeugen und zu motivieren, ein Gesamtschulangebot in Osterath auf den Weg zu bringen.

Es besteht Einigkeit, dass die Verwaltung nach der Sommerpause mit den benachbarten Kommunen abklärt, inwieweit dort von der Möglichkeit der Abweisung auswärtiger Schüler Gebraucht gemacht wird. Auf Bitte von Niederdellmann-Siemes wird die Verwaltung ergänzend die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Nachbarstädten erörtern; verwaltungsseitig wird aber angemerkt, dass eine 2. Gesamtschule in Meerbusch auch auf dieser Basis wohl unrealistisch sei.

3 Städtische Gemeinschaftshauptschule Osterath; schulorganisatorische Maßnahmen zum Auslaufen
Vorlage: FB3/783/2014

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. Die in sukzessiver Auflösung befindliche Städtische Gemeinschaftshauptschule Osterath setzt ihren Unterricht bis zum Ende des Schuljahres 2015 / 2016 am 31. Juli 2016 an ihrem Standort Wienenweg 38 fort. Mit Ablauf des 31. Juli 2016 ist die Städtische Gemeinschaftshauptschule Osterath endgültig aufgelöst, die Beschulung der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 des Schuljahrs 2016/17 der städt. Hauptschule Osterath erfolgt an der städt. Gemeinschaftshauptschule Korschenbroich. Der Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rates der Stadt Korschenbroich.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die notwendigen Vereinbarungen mit der Stadt Korschenbroich zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert die Problematik. Nachdem der Rat in seiner Sitzung am 24. Mai 2012 die sukzessive Auflösung der städtischen Gemeinschaftshauptschule Osterath beschlossen habe, sei nach einer Lösung gesucht worden, die es den Schülern ermögliche, ihre Schulabschlüsse in vernünftiger Lernumgebung zu erreichen.

Maßgeblich für die Beantwortung der Frage der Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes sei neben der räumlichen Unterbringung insbesondere eine ausreichende Lehrerversorgung.

Die Empfehlung der Bezirksregierung von der Schulträgerberatung am 17.12.2013, eine anderweitige Unterbringung der verbleibenden Schüler/Klassen zum Schuljahresende 2015/2016, spätestens jedoch zum Schuljahr 2016/17 vorzunehmen, sei in Gesprächen mit den Schulleitungen des städt. Meerbusch-Gymnasiums sowie der städt. Realschule Osterath unter Beteiligung der Leiterin der Hauptschule geprüft worden.

In beiden Gesprächen sei jedoch deutlich geworden, dass eine Unterbringung der Schüler der Hauptschule an den anderen Schulen nicht möglich sei, da insbesondere im Differenzierungsbereich keine entsprechende Ausstattung vorhanden sei. Als weiteres Problem sei von Seiten der Schulleitungen die Lehrerversorgung gesehen worden. Aufgrund der geringen verbleibenden Schülerzahl würden auch die Möglichkeiten der differenzierten Abschlüsse der Hauptschule eingeschränkt.

Insofern sei die Fortführung des Unterrichts an einer anderen Hauptschule geprüft worden. Als Ergebnis eines weiteren Gespräches mit der Bezirksregierung am 18.03.2014 seien von Seiten der Verwaltung Gespräche mit der Stadt Korschenbroich, von Seiten der Schulleitung mit der Schulleitung der dortigen städtischen Gemeinschaftshauptschule geführt worden. Dort stünden zwar nicht genügend Räume zur Verfügung, bereits zum Schuljahr 2015/2016 die prognostizierten 72 Schüler aus drei Klassen unterzubringen, eine Möglichkeit bestünde allerdings für die letzte Klasse des Schuljahres 2016/17.

Zur Vorbereitung des Ausschuss- bzw. Ratsbeschlusses sei vorab auch die Schulkonferenz der Gemeinschaftshauptschule Osterath gem. § 76 Schulgesetz NRW beteiligt worden. Die Schulkonferenz habe dem Vorschlag der Verwaltung in seiner Sitzung am 10.04.2014 einstimmig zugestimmt. Positiv bewertet worden sei dabei auch, dass ein Teil des Lehrerpersonals ebenfalls an die Städt. Gemeinschaftshauptschule Korschenbroich wechseln würde und Frau Attenberger vorgesehen sei, nach Ausscheiden des bisherigen Schulleiters die dortige Schulleitung zu übernehmen.

Vorbehaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses habe ebenfalls der Bürgermeister der Stadt Korschenbroich der Beschulung der Meerbuscher Schüler an der Hauptschule Korschenbroich zugestimmt.

Die Entscheidung zur weiteren Beschulung sei Grundvoraussetzung für die Nutzung des Schulgebäudes zur Beschulung von Grundschülern. Da im Schuljahr 2015/16 nur noch 3 Klassen im Gebäude am Wienenweg beschult würden, bestünde die Möglichkeit, im laufenden Schuljahr 2015/16 die notwendigen Umbaumaßnahmen durchzuführen, so dass das Gebäude zum Unterrichtsbeginn nach den Sommerferien am 24.08.2016 hergerichtet wäre.

Im Anschluss an die Erläuterung der Vorlage beschließt der Ausschuss einstimmig.

4 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Dipl.-Ing. Klein berichtet über den Architektenwettbewerb zur Sanierung des Hallenbades. Mit Datum vom 22.03.2014 sei im EU-Amtsblatt der Teilnahmewettbewerb veröffentlicht worden. Anschließend haben 15 Teilnehmer vollständige, den Teilnahmebedingungen entsprechende Unterlagen und Nachweise vorgelegt. In diesen Bedingungen sei u.a. festgelegt worden, dass 10 Büros am Wettbewerb teilnehmen sollen, wovon bereits 3 Büros im Vorfeld gesetzt worden seien.

Die restlichen 7 Teilnehmer seien unter notarieller Aufsicht am 29.04.2014 in Dortmund ausgelost worden.

Am 05.06.2014 sei ein Rückfragenkolloquium unter Beteiligung der teilnehmenden Büros, der Preisrichter und unter Leitung des Betreuungsbüros compar vorgesehen. Er weist die Fraktionen darauf hin, dass unmittelbar nach der Kommunalwahl die Preisrichter zu benennen sind, da diese Personen bereits am Rückfragenkolloquium teilnehmen sollen. Die Verwaltung wird die Fraktionen diesbezüglich noch einmal schriftlich auffordern.

StVD Krügel gibt einen Rückblick auf das Oberliga-Fußballspiel vom 7. Mai 2014 TuS Bösinghoven (TuS) gegen Wuppertaler SV (WSV). Sportlich sei das Spiel für den TuS erfolgreich gewesen, er gewann 5:3, nachdem der WSV anfangs in Führung ging. StVD Krügel hätte lieber nur über den fußballerischen Erfolg berichtet.

Leider mussten sich der TuS, Sportverwaltung, Straßenverwaltung, Ordnungsamt und Polizei im Vorfeld des Spiels intensiv mit einem Sicherheitskonzept, das die Grundlage der Sportstättennutzungsgenehmigung bildet, befassen, da es sich um ein sogenanntes Risikospiel handelte. Es sei mit 1.500 Zuschauern zu rechnen gewesen, gekommen seien dann allerdings nur 500, 300 davon aus Wuppertal. Maßstab für die Sicherheitsvorkehrungen seien allerdings die zu erwartenden und erlaubten 1.500 Personen. Außer den 22 Ordnern des TuS seien vom Verein 40 professionelle Sicherheitskräfte eingesetzt gewesen.

Dass sich die Übergriffe auf einen Kameramann und zwei Polizeibeamte beschränkten, sei nur der im Sicherheitskonzept vorgegebenen Zahl an Sicherheitskräften und der massiven Polizeipräsenz zu verdanken. Auch ein Handgemenge, dem Provokationen vorangingen, konnte nur durch das sofortige Eingreifen der Polizei schnell beendet werden. Außerhalb der Sportanlage musste die Polizei Platzverweise erteilen, um Auseinandersetzungen mit Gewaltbereiten zu verhindern.

StVD Krügel berichtet von der ersten Einschätzung der Polizei nach diesem Spiel, dass bei 1.500 Zuschauern der sichere und reibungslose Ablauf der Veranstaltung nicht zu gewährleisten gewesen wäre. Er bedauert, dass der sportliche Aspekt und hier sogar der sportliche Erfolg der Heimmannschaft in der Außenwirkung von den Tätlichkeiten und der Gewaltbereitschaft Weniger in den Hintergrund gedrängt werden.

Herr Kunze bittet um die Zusendung eines Berichts. StVD sagt dies zu und verweist jedoch auf eine noch zu terminierende Nachbesprechung mit den Beteiligten.

Ratsherr Meffert fragt nach, ob die Polizei bereits diejenigen ermittelt habe, die im Vorfeld des Spiels die Flyer verteilt hätten. StVD Krügel verneint dies. Ratsherr Dr. Brennecke gibt zu bedenken, dass die Sportanlage „Fouesnantplatz“ für derartige Veranstaltungen nicht geeignet sei und man eher die Sportanlage „Am Eisenbrand“ hierfür vorsehen solle. StVD Krügel erläutert, dass auch solche Dinge in der Nachbesprechung Thema sein werden.

5 Termin der nächsten Sitzung: 10. September 2014

6 Verschiedenes

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes spricht die Wiedergabe eines Interviews mit der Schuldezernentin in der April-Ausgabe der SMG-Nachrichten an und den darauffolgenden Briefwechsel zwischen Ratsherrn Staudinger-Napp und dem Schulleiter Herrn Holtschneider. Sie bittet die Schulen um Auskunft, wie diese das Thema Kommunalwahl und Kandidaten behandeln.

Nacheinander antworten Herr Wahner, Frau Bleckmann-Robioneck und Herr Holtschneider übereinstimmend, dass die Kommunalwahl natürlich Bestandteil des Lehrplans sei und im Politikunterricht behandelt würde, nicht aber die Kandidaten und Wahlprogramme. Dies sei nicht Teil des Unterrichts.

Zum Ende der Sitzung bedankt sich die Vorsitzende Ratsfrau Kox bei allen für die Zusammenarbeit und zählt eine Vielzahl an Projekten auf, die in der ablaufenden Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurden.

Meerbusch, den 21. Mai 2014

Renate Kox Ausschussvorsitzende	Holger Wegmann Schriftführer